

# Nur eine Seite hat in der Straße von Hormus eindeutig gegen das Gesetz verstoßen.

## Und das ist nicht der Iran.

Von Maryam Jamshidi

(außerordentliche Professorin für Rechtswissenschaften an der University of Colorado Law School)

17.4.2026

<https://www.thenation.com/article/world/iran-strait-of-hormuz-international-law/>

Seit Wochen wirft ein Großteil der Welt, von den [arabischen Golfstaaten](#) bis nach [Europa](#), dem Iran vor, gegen das Völkerrecht zu verstoßen, indem er die Durchfahrt von Schiffen durch die Straße von Hormus regelt und Gebühren erhebt. Allein im UN-Sicherheitsrat wurden mehrere Resolutionen eingebracht, um die Regulierungsmaßnahmen des Iran in der Straße zu verurteilen. [Eine dieser Resolutionen](#) wurde mit der Unterstützung von [fast 140 Mitgliedstaaten](#) verabschiedet. Stunden bevor sich die Vereinigten Staaten und der Iran am 7. April auf einen zweiwöchigen Waffenstillstand einigten, stimmten [11 Mitglieder](#) des Sicherheitsrats für eine weitere Resolution, die letztlich durch ein Veto blockiert wurde. Diese hätte den Iran für seine Regulierungsmaßnahmen verurteilt und jedem UN-Mitgliedstaat das Recht eingeräumt, Krieg gegen ihn zu führen, um die Meerenge zu öffnen.

Im Gegensatz dazu wurde dem Rat [keine einzige Resolution](#) vorgelegt, in der der Krieg der USA und Israels gegen den Iran verurteilt wird. Die Diskrepanz zwischen diesen beiden Reaktionen steht in kaum einem Verhältnis zu der Tatsache, dass nur eine Seite eindeutig gegen das Völkerrecht verstoßen hat – und das ist nicht der Iran.

Der Krieg der USA und Israels ist [unbestreitbar rechtswidrig](#). Er stellt eines der schwersten Verbrechen nach dem Völkerrecht dar – das [Verbrechen der Aggression](#). Die Rechtmäßigkeit der iranischen Regelung für die Meerenge ist jedoch weniger eindeutig. Zwar hat der Iran die Meerenge [nicht offiziell blockiert](#), doch verlangte er von Schiffen, sich mit ihm [abzustimmen](#) und seine Vorschriften einzuhalten, um während des Krieges und des Waffenstillstands die Meerenge passieren zu dürfen. Er hat Schiffen mit Verbindungen zu den USA und Israel die Durchfahrt [gänzlich untersagt](#). Derzeit scheint es so, als erlaube der Iran allen Handelsschiffen – mit der [möglichen Ausnahme](#) derjenigen, die Verbindungen zu den USA und Israel haben – während der [Dauer des zehntägigen Waffenstillstands](#) zwischen Israel und dem Libanon die Durchfahrt durch die Meerenge, wobei die Schiffe jedoch weiterhin eine „koordinierte

Route“ nutzen müssen, die [nahe an der iranischen Küste](#) verläuft. Berichten zufolge hat der Iran zudem von einigen durchfahrenden Schiffen eine Gebühr erhoben. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten kann der Iran plausibel darlegen, dass er nach internationalem Recht im Rahmen seiner Rechte handelt, all diese Maßnahmen zu ergreifen.

Anstatt diese Realitäten widerzuspiegeln, hat die internationale Gemeinschaft jedoch den Iran – und nicht die beiden Staaten, die einen eindeutig illegalen Krieg gegen ihn begonnen haben – in diesem Konflikt praktisch als Paria-Nation behandelt. Diese Vorgehensweise steht im Einklang mit der seit langem bestehenden Tendenz des Westens und seiner Verbündeten, das Völkerrecht zu nutzen, um imperiale Handlungen zu legitimieren und zu beschönigen, während gleichzeitig Staaten des Globalen Südens, die sich der westlichen Vorherrschaft widersetzen, unter anderem durch rechtliche Mittel eingeschränkt werden. Während diese widerständigen Staaten als serielle Regelbrecher dargestellt werden, werden Nationen im imperialen Kern als zuverlässig, der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet und grundsätzlich einer friedlichen und sicheren Welt verschrieben dargestellt. In diesem Fall trifft, wie so oft, das Gegenteil zu.

### **Was das Gesetz sagt**

Staaten ist es gesetzlich untersagt, Krieg zu führen, es sei denn, sie haben ein Recht auf Selbstverteidigung – dessen Umfang jedoch begrenzt ist – oder sie sind vom Sicherheitsrat dazu ermächtigt worden. Das bedeutet, dass sie Krieg oder die Androhung von Krieg nicht dazu nutzen dürfen, um beispielsweise ein anderes Land zu zwingen, [Zugeständnisse](#) hinsichtlich seines Atomprogramms, seines Programms für ballistische Raketen oder seiner Unterstützung für nichtstaatliche Akteure zu machen. Genau das wollten die Vereinigten Staaten und Israel jedoch erreichen, als sie am 28. Februar ihren Krieg gegen den Iran begannen.

Trotz dieser offensichtlichen Rechtswidrigkeit hat die Trump-Regierung halbherzige Versuche unternommen, ihren gemeinsamen Angriff auf den Iran als [Verteidigungsmaßnahme](#) zu rechtfertigen. Kaum jemand – [auch nicht die westlichen Verbündeten der USA](#) – hat diese rechtlichen Begründungen akzeptiert, obwohl viele den Krieg der USA und Israels politisch und [militärisch](#) nach wie vor unterstützen. Tatsächlich haben die meisten westlichen Regierungen, mit Ausnahme einiger weniger Länder wie [Spanien](#), die Maßnahmen der USA und Israels gegen den Iran nicht klar und unmissverständlich verurteilt. Einige Tage nach Kriegsbeginn deutete der deutsche [Bundeskanzler Friedrich Merz](#) an, dass der Iran nicht einmal Anspruch auf den Schutz des Völkerrechts habe.

Der jüngste Schritt der Vereinigten Staaten gegen den Iran – die Verhängung einer [Seeblockade](#) gegen dessen Häfen und Küstengebiete – ist ebenfalls eindeutig rechtswidrig, hat jedoch ebenfalls kaum rechtliche Gegenreaktionen hervorgerufen. Blockaden sind typische Beispiele für die rechtswidrige

Anwendung von Gewalt und für [Aggressionsakte](#), sofern sie nicht durch das Recht auf Selbstverteidigung oder eine Resolution des Sicherheitsrats gerechtfertigt sind. Im Falle des Iran ist die US-Blockade sowohl rechtswidrig – da sie rechtlich nicht gerechtfertigt ist und die am 28. Februar begonnene Aggression fortsetzt – als auch beendet sie faktisch den Waffenstillstand zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran.

Die US-Blockade verstößt zudem gegen das Seekriegsrecht, das Blockaden [verbietet](#), wenn „der Schaden für die Zivilbevölkerung im Verhältnis zu dem konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil, der von der Maßnahme erwartet wird, unverhältnismäßig ist oder voraussichtlich sein wird“. Der Zweck der US-Blockade besteht nicht darin, einen militärischen Vorteil gegenüber dem Iran zu erzielen, sondern vielmehr darin, das politische Ziel zu erreichen, den [Einfluss](#) der USA in den laufenden Verhandlungen mit der iranischen Regierung zu stärken. Allein aus diesem Grund ist die Blockade rechtswidrig. Aber selbst wenn dieses Ziel irgendwie ein legitimes militärisches Ziel wäre, wäre die Blockade dennoch illegal, da sie darauf abzielt, der Zivilbevölkerung durch den [Zusammenbruch](#) der iranischen Wirtschaft erheblichen Schaden zuzufügen. Dies hätte offensichtlich verheerende kurz- und langfristige Auswirkungen auf das iranische Volk, die das Ziel der Stärkung der Verhandlungsposition der USA bei weitem überwiegen.

Im Gegensatz dazu ist die Rechtmäßigkeit der iranischen Regulierung der Straße von Hormus keineswegs so eindeutig. Entgegen der Behauptung einiger stellt die Straße weder [„internationale Gewässer“](#) noch die Hohe See dar. Sie wird vielmehr als „internationale Meerenge“ eingestuft, die ausschließlich aus den Hoheitsgewässern zweier Länder besteht: Oman und Iran.

Nach Ansicht der Kritiker des Iran stellt die Regulierung der Durchfahrt durch die Meerenge, einschließlich seiner eigenen Hoheitsgewässer, durch den Iran einen eklatanten Verstoß gegen die „Freiheit der Schifffahrt“ dar. Dieses Argument stützt sich auf Bestimmungen des [Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen](#) (UNCLOS). Nach dem UNCLOS unterliegen internationale Meerengen wie die Straße von Hormus einem Regime der „freien Schifffahrt“, das als „Transitdurchfahrt“ bezeichnet wird. Dieses Regime räumt Küstenstaaten nur sehr begrenzte Regulierungsrechte ein und verpflichtet sie, Schiffe und Flugzeuge, die internationale Meerengen durchqueren, nicht zu „behindern“. Wäre der Iran Vertragspartei des UNCLOS, wäre er an dieses Regime gebunden, und seine Regulierungsmaßnahmen in der Straße von Hormus wären wahrscheinlich rechtswidrig. Der Iran ist jedoch keine Vertragspartei des UNCLOS; ebenso wenig wie die USA. Nach dem Völkerrecht sind Staaten im Großen und Ganzen nur an Verträge gebunden, die sie sowohl unterzeichnet als auch ratifiziert haben; die Nichteinhaltung eines nicht ratifizierten Vertrags durch einen Staat ist rechtlich unumstritten. Zwar hat der Iran das Seerechtsübereinkommen 1982 unterzeichnet, doch hat er den Vertrag nicht ratifiziert, gerade weil er die

Transitpassageregel nicht akzeptiert. Er hat während der Verhandlungen über das Seerechtsübereinkommen sowie bei der Unterzeichnung des Vertrags [Einwände gegen diese Regelung](#) erhoben. [Seitdem](#) hat er die Transitpassageregel weiterhin abgelehnt.

Zwar könnte der Iran aus anderen Gründen rechtlich verpflichtet sein, die Vorschriften zur Durchfahrt einzuhalten, doch trifft keiner dieser Gründe hier zu. Einer dieser Gründe ist das „Völkergewohnheitsrecht“, eine weitere Quelle des Völkerrechts, die für alle Staaten in einer Weise bindend ist, wie es Verträge nicht tun. Obwohl einige argumentieren, dass die Transitdurchfahrt Gewohnheitsrecht sei, sind andere [anderer Meinung](#). Selbst wenn die Kritiker Unrecht hätten, gilt der Iran als [„hartnäckiger Gegner“](#) der Transitdurchfahrtsregel, was bedeutet, dass er nicht einmal als Gewohnheitsrecht dazu verpflichtet werden kann, sich daran zu halten. Alternativ könnte man argumentieren, dass der Iran als Unterzeichner des UNCLOS die Transitdurchfahrt als Teil seiner Verpflichtung zur Wahrung des [„Gegenstands und Zwecks“](#) des Vertrags einhalten muss, noch bevor dieser ratifiziert wurde. Selbst wenn dies zuträfe, hat der Iran nach mehr als 40 Jahren, in denen er das UNCLOS nicht ratifiziert hat, wohl seine Absicht deutlich gemacht, nicht Vertragspartei zu werden, und sich damit auch von dieser Verpflichtung befreit.

Aus diesen Gründen lässt sich durchaus argumentieren, dass der Iran in internationalen Meerengen nicht der Regelung der freien Schifffahrt gemäß dem Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen (UNCLOS) unterliegt, sondern stattdessen einer anderen, freizügigeren und älteren Regelung, die als [„friedliche Durchfahrt“](#) bekannt ist. Im Rahmen der friedlichen Durchfahrt können Küstenstaaten wie der Iran innerhalb ihrer Hoheitsgewässer, einschließlich der Gewässer, die in internationalen Meerengen liegen, Maßnahmen ergreifen, um bestimmte Probleme, darunter sicherheitsrelevante Belange, anzugehen. Die friedliche Durchfahrt erlaubt es Staaten zudem, Gebühren für Schiffe zu erheben, die ihre Hoheitsgewässer durchfahren, sofern diese Gebühren für „bestimmte, dem Schiff erbrachte Dienstleistungen“ bestimmt sind und in nichtdiskriminierender Weise erhoben werden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Iran im Rahmen der friedlichen Durchfahrt bestimmten Schiffen die Durchfahrt durch die Meerenge aufgrund von Gefahren für seine Sicherheit verweigern kann. Er kann zudem Gebühren von Schiffen erheben, denen er bestimmte Dienstleistungen erbringt – beispielsweise bei der Lotsung durch die Meerenge oder durch sonstige sicherheitsrelevante Unterstützung. In diesem Zusammenhang könnte der Iran vernünftigerweise geltend machen, dass er in den letzten Wochen solche Dienstleistungen für durchfahrende Schiffe erbracht hat, angesichts der Gefahren, die mit der Durchfahrt durch die Meerenge während des andauernden bewaffneten Konflikts verbunden sind.

Es lässt sich sicherlich darüber streiten, ob das iranische Gebührensystem tatsächlich diesem Zweck dient oder ob es lediglich dazu dient, Schiffe für die Durchfahrt durch die Meerenge zu belasten, die grundsätzlich verboten ist. Berichten zufolge erwägt das iranische Parlament derzeit die Verabschiedung eines Gesetzes, das dieses Regulierungssystem, einschließlich des Gebührensystems, als innerstaatliches Recht festschreiben würde. Bislang ist unklar, auf welcher Grundlage dieses System beruhen wird und ob es den Anforderungen der friedlichen Durchfahrt entsprechen wird.

Einige Völkerrechtler sind ebenfalls [zu dem Schluss gekommen](#), dass es denkbar ist, dass der Iran die Durchfahrt durch die Straße von Hormus regeln kann, einschließlich der Erhebung von Gebühren. Andere teilen [diese Einschätzung nicht](#). Der Punkt ist, dass es – im Gegensatz zum Krieg der USA und Israels, der keine stichhaltige Rechtsgrundlage hat – in dieser Frage solche Meinungsverschiedenheiten geben *kann*. Dem Iran ist es nicht offensichtlich oder eindeutig untersagt, die Durchfahrt durch die Straße zu regeln. Tatsächlich verfügt er über ein glaubwürdiges und vernünftiges völkerrechtliches Argument dafür.

# Only One Side Has Clearly Broken the Law In the Strait of Hormuz

## And it isn't Iran.

By Maryam Jamshidi (associate professor of law at the University of Colorado Law School)

April 17, 2026

<https://www.thenation.com/article/world/iran-strait-of-hormuz-international-law/>

For weeks, much of the world, from the [Arab Gulf states](#) to [Europe](#), has accused Iran of violating international law by regulating the passage of and charging fees to ships transiting through the Strait of Hormuz. At the UN Security Council alone, multiple resolutions have been introduced to condemn Iran's regulatory actions in the Strait. One of those [resolutions](#) passed with support from [nearly 140](#) member states. Hours before the United States and Iran agreed to a two-week ceasefire on April 7, 11 members of the Security Council [voted in favor](#) of another resolution, which was ultimately vetoed, that would have condemned Iran for its regulatory actions and authorized every UN member state to go to war against it in order to open the Strait.

By contrast, not a [single resolution](#) has been brought before the Council condemning the US/Israel war against Iran. The disparity between these two responses bears little relationship to the fact that only one side has unequivocally broken international law—and it isn't Iran.

The US/Israeli war is [indisputably unlawful](#). It constitutes one of the gravest crimes under international law—the [crime of aggression](#). The legality of Iran's regulation of the Strait is, however, less clear-cut. Though Iran has not formally [blockaded](#) the Strait, it required ships to [coordinate](#) with it and abide by its regulatory regime in order to pass through during the war and ceasefire. It outright [forbade](#) US and Israeli-linked ships from transiting. As of today, it appears Iran is allowing all commercial ships, with the [possible exception](#) of those linked to the US and Israel, to pass through the Strait for the duration of the [10-day Israel-Lebanon ceasefire](#), though ships must still use a “coordinated route” that passes [close to Iran's coast](#). Iran has also reportedly charged a [fee](#) to some passing ships. Unlike the United States, Iran can make a reasonable case that it is within its rights to do all these things under international law.

Instead of reflecting these realities, however, the international community has effectively treated Iran—rather than the two states that started a clearly illegal war against it—as the pariah nation in this conflict. This practice aligns with long-standing Western and allied tendencies to leverage international law to legitimize and whitewash imperial actions while simultaneously constraining Global South states that

resist Western domination, including through legal means. While these resistant states are depicted as serial rule-breakers, nations in the imperial core are framed as reliable, committed to the rule of law, and fundamentally dedicated to a peaceful and secure world. In this case, as is so often the case, the opposite is true.

### **What the Law Says**

States are legally prohibited from going to war unless they have a right to self-defense—which is limited in scope—or are authorized to do so by the Security Council. This means they cannot use war or the threat of war to, for instance, force another country to make [concessions](#) over its nuclear program, ballistic missile program, or support for non-state actors. This is, however, precisely what the United States and Israel hoped to do in launching their war on Iran on February 28.

Despite this blatant illegality, the Trump administration has made half-hearted attempts to justify its joint attack against Iran as [defensive](#). Hardly anyone—including America’s [Western allies](#)—has bought into these legal justifications, even though many still support the US/Israeli war politically and [militarily](#). In fact, with the exception of a few countries, like [Spain](#), most Western governments have [not](#) clearly and unequivocally condemned US and Israeli actions against Iran. A few days after the war began, German Chancellor [Friedrich Merz](#) suggested that Iran was not even entitled to the protections of international law.

The United States’ latest move against Iran—to institute a naval [blockade](#) against its ports and coastal areas—is also clearly unlawful but has similarly generated little legal pushback. Blockades are prototypical examples of illegal uses of force and acts of [aggression](#), where not justified by the right of self-defense or a Security Council resolution. In the case of Iran, the US blockade is both unlawful—as it is not otherwise legally justified, and continues the aggression that began on February 28—and effectively ends the ceasefire between the United States and Iran.

The US blockade also violates the laws of naval warfare, which [prohibit](#) blockades if “damage to the civilian population is, or may be expected to be, excessive in relation to the concrete and direct military advantage anticipated from” the action. The purpose of the US blockade is not to pursue any military advantage against Iran but rather to achieve the political objective of increasing US [leverage](#) in ongoing negotiations with the Iranian government. For this reason alone, the blockade is unlawful. But even if that objective were somehow a valid, military one, the blockade would still be illegal because it is designed to do significant damage to the civilian population by [collapsing](#) the Iranian economy. This would obviously have devastating short-term and long-term impacts on the Iranian people that substantially outweigh the goal of enhancing the US bargaining position.

By contrast, the legality of Iran's regulation of the Strait of Hormuz is far less black-and-white. Contrary to what some have claimed, the Strait does not constitute "[international waters](#)" or the high seas. It is classified, instead, as an "international strait" exclusively composed of the territorial waters of two countries: Oman and Iran.

According to Iran's critics, it is a blatant violation of the "freedom of navigation" for Iran to regulate passage through the Strait, including through its own territorial waters. This argument is based on provisions of the [UN Convention on the Law of the Sea](#) (UNCLOS). Under UNCLOS, international straits, like the Strait of Hormuz, are governed by a "free navigation" regime known as "transit passage." This regime gives coastal states very limited regulatory rights and obligates them not to "impede" ships and aircraft passing through international straits. If Iran were a party to UNCLOS, it would be bound by this regime, and its regulatory actions in the Strait of Hormuz would likely be unlawful. But Iran is not a party to UNCLOS; nor, for that matter, is the US. Under international law, states are, by and large, bound only by treaties they've both signed and ratified; a state's failure to abide by an unratified treaty is not legally controversial. While Iran signed UNCLOS in 1982, it has not ratified the treaty specifically because it does not accept the transit passage rule. It expressed [objections](#) to this regime during the negotiation of UNCLOS as well as when it signed the treaty. It has continued to object to the transit passage rule ever [since](#).

While Iran could be legally obligated to abide by the transit passage rule for other reasons, none of those apply here. One of those grounds is "customary international law," another source of international law that binds all states in ways that treaties do not. Though some argue that transit passage is customary law, others [disagree](#). Even if the naysayers are wrong, Iran is considered a "[persistent objector](#)" to the transit passage rule, meaning it cannot be required to abide by it even as a matter of customary law. Alternatively, one might argue that, as a signatory to UNCLOS, Iran must abide by transit passage as part of its obligation to uphold the "[object and purpose](#)" of the treaty even before it has been ratified. Even if this were true, after more than 40 years of failing to ratify UNLCOS, Iran has arguably made its intention not to become a party to the treaty clear, freeing itself of this obligation as well.

For these reasons, a reasonable case can be made that Iran is not subject to UNCLOS's free navigation regime in international straits and, instead, is subject to a different, more permissive, and older regime known as "[innocent passage](#)." Under innocent passage, coastal states, like Iran, can take measures within their territorial waters, including waters that lie in international straits, to address certain kinds of issues, including security-related concerns. Innocent passage also allows states to charge fees for ships passing through their territorial waters as long as those fees are for "specific services rendered to the ship" and are levied in a nondiscriminatory manner.

Putting all this together, under innocent passage, Iran can conceivably refuse to allow certain ships through the Strait because of threats to its security. It can also levy fees against vessels to which it provides specific services—for example, helping to guide them through the Strait or providing other safety-related assistance. In this regard, Iran could reasonably claim it has provided such services to transiting ships over the last few weeks, given the dangers involved in passing through the Strait during the ongoing armed conflict.

There can certainly be debate about whether this is actually what the Iranian fee system is designed to do or whether it is simply charging ships for transiting through the Strait, which is generally forbidden. The Iranian parliament is reportedly considering [legislation](#) that would formalize this regulatory regime, including the fee system, as a matter of domestic law. It is unclear, as of yet, what the basis for this system will be or whether it will comply with the requirements of innocent passage.

Some international law scholars have [similarly concluded](#) that Iran can conceivably regulate passage through the Strait of Hormuz, including charging fees. Others [disagree](#) with that assessment. The point is that, in contrast to the US/Israeli war, which has no valid legal basis, there *can* be such disagreement on this issue. Iran is not obviously or clearly forbidden from regulating passage through the Strait. Indeed, it has a credible and reasonable international legal argument for doing so.

### **Imperial Weaponization of International Law**

By presenting a black-and-white view of Iran's legal obligations and accusing it of [taking](#) "the world's economy hostage" and threatening "[international peace and security](#)" through its regulation of the Strait, numerous states have made it appear as if Iran—rather than the United States and Israel—has committed one of the worst crimes known to humankind. The suggestion would be laughable if the consequences were not so grave.

This is how international law is weaponized to marginalize and delegitimize Global South countries while empowering and legitimizing the unlawful actions of Western states and their allies. This is how international law has been used by imperial powers and their proxies to strip other states of their sovereignty when they threaten or resist the prerogatives of more powerful countries. This is how international law has, in fact, operated for much of its modern history—as a cudgel of the "strong" against the "weak."

Centuries ago, international law scholars sought to justify imperial plunder by arguing that Western empires could conquer and dominate native people who failed to respect free trade and travel. During the 19th and the first half of the 20th centuries, Western powers used international law to claim an entitlement to "protect" minority populations in certain states—particularly Christian populations in Muslim states—by

intervening in the domestic affairs of those countries. The League of Nations—the predecessor to the UN—embraced the right of self-determination of people, but only for those in Central and Eastern Europe. Considering them unprepared for the responsibilities of self-government, it largely withheld the right from groups in Asia and Africa who remained under colonial rule. More recently, Israel and the United States have exploited ambiguities in international humanitarian law—which governs the conduct of war—in order to systematically target civilians and [civilian objectives](#) that should otherwise be protected from deliberate attack. Israel has been a particularly aggressive leader in the [weaponization](#) of these laws and has tried to use them to [legitimize](#) its genocide of the Palestinian people.

Even the international law notion of “freedom of the sea,” which is being invoked against Iran, is a byproduct of imperial interests. It was established in the 18th century by a handful of Western states to ensure they could transit throughout the globe, unimpeded, to engage in trade as well as to conquer and exploit the resources of people and territories far from their shores.

In insisting that Iran’s regulation of the Strait of Hormuz clearly and undeniably violates international law, Western and non-Western states and commentators alike have reinforced this troubling history. Indeed, for many, especially in the West and Arab world, the goal is not simply to ensure the Strait is open and free to all. The goal is also to make it harder for Iran to [escape](#) crippling economic sanctions—mostly instituted unilaterally by the United States—by generating income from the Strait. Because if Iran remains under sanctions, it will be weak and disempowered, unable to either satisfy the needs of its population or threaten the power of the United States, Israel, or Arab Gulf countries.

Reasonable minds can disagree over whether Iran has a legal right to regulate the Strait of Hormuz. There can be no debate, however, about the blatant illegality of the US/Israel war or the current US blockade against Iran. By claiming clarity for the former while failing to meaningfully condemn the latter, the international community has effectively drawn on and reinforced the legacy of imperial international law-making. Most of the world—which stands to lose from this unbalanced double-dealing in the long term—should not accept this state of affairs. They should, instead, actively and loudly resist it.